



# Jagdgebrauchshundverband e.V.

## Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. - Jagdkynologische Vereinigung

JGHV- LV RLP e.V. \* Carl Heinrich-Grube 1 \* 56218 Mülheim-Kärlich

Vorsitzender  
Manfred Marschall

56218 Mülheim-Kärlich  
Carl Heinrich-Grube 1  
Telefon 02630-2239  
Telefax 02630-944117  
Email [manfred.marschall@kts-kg.de](mailto:manfred.marschall@kts-kg.de)  
Handy 0151-10848053

**Einschreiben mit Rückschein**  
**Vorab per E-Mail an:**

Mülheim-Kärlich, den 23.06.2025

### **JGHV Landesverband RLP e.V. widerspricht der Darstellung des Ministeriums zum Verbot der Ausbildung an vorübergehend flugunfähig gemachter Ente**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit großer Irritation nimmt der JGHV-Landesverband Rheinland-Pfalz die Darstellung des Umweltministeriums zur geplanten Gesetzesänderung zur Kenntnis. Die auf der Website veröffentlichte Gegenüberstellung „Falsch ist / Richtig ist“ enthält erhebliche sachliche Verzerrungen, irreführende Vereinfachungen und Behauptungen ohne wissenschaftliche Grundlage.

#### **1. Tierschutz wird nicht gestärkt, sondern gefährdet**

Die „Müller-Methode“ wurde von einem anerkannten Zoologen und Verhaltensforscher entwickelt, um eine kontrollierte Ausbildung des Jagdhundes zu ermöglichen und hierdurch unnötiges Tierleid auf der Jagd zu vermeiden.

#### **2. Die hierzu eingesetzten Enten werden nicht stärker gestresst als jedes andere fachgerecht transportierte Tier**

Die Prüfungsordnung des Jagdgebrauchshundverbandes beinhaltet zwingende Vorschriften zur Aufzucht, Haltung und zum Transport der eingesetzten Stockenten, um jeden unnötigen Stress zu vermeiden. Entgegen der wahrheitswidrigen Behauptung in „Falsch ist/Richtig ist“ müssen diese Enten ihr natürliches Fluchtverhalten während ihrer naturnahen Aufzucht beibehalten, damit sie auf der Prüfung die Deckung annehmen, schwimm- und tauchfähig sind und nach der Prüfung auswilderungsfähig bleiben. Richtig ist weiter, dass die fachgerecht und schonend transportierten Enten unmittelbar nach ihrem Aussetzen keine gesteigerten Stress-Symptome zeigen, zunächst wie gewohnt ihr Gefieder einfetten („Bürzeln“), um dann die Schilfdeckung anzunehmen. Genau das konnten zahlreiche Politiker in anderen Bundesländern in der Vergangenheit schon beobachten und haben ihre anfänglichen Bedenken verworfen.

#### **3. Irreführende Aussage zur „Brauchbarkeit“ in anderen Bundesländern**

Der Hinweis, Hunde seien auch ohne diese Prüfung in anderen Bundesländern „brauchbar“, ist falsch. Richtig ist allein, dass sie in nur wenigen Bundesländern – noch – ein Prüfungszeugnis bekommen, ohne zuvor nach der „Müller-Methode“ geprüft worden zu sein. Ein Papier ersetzt keine Einsatzfähigkeit. Es kann nur das bestätigen, was zuvor tatsächlich geprüft wurde. Nur mit der „Müller-Methode“ wird nachgewiesen, dass die Hunde finden wollen und können, keine Wildscheue aufzeigen und auch dann apportieren, wenn kurz zuvor Wild geschossen wurde. Dazu gibt es Studien, die dem Umweltministerium vorgelegt wurden.

#### **4. Rheinland-Pfalz isoliert sich fachlich**

Während andere Bundesländer die Ausbildung und Prüfung nach der „Müller-Methode“ weiterhin zumindest ermöglichen und noch im Jahr 2019 diese Methode in NRW nach langer Diskussion und ausführlicher Prüfung sogar in das Landesjagdgesetz aufgenommen wurde, plant Rheinland-Pfalz in krassem Gegensatz hierzu als erstes Bundesland ein gesetzliches Verbot – dies ohne jede fachliche Prüfung, politisch ohne jede Notwendigkeit und gegen den breiten Konsens innerhalb des Jagdgebrauchshundeverbands. Dies ferner unter Hinweis auf einen dreiseitigen Aufsatz aus 1997, der die „Müller-Methode“ noch nicht einmal erwähnt, und unter Verweis auf eine Entscheidung des OVG Koblenz aus 2001, das die aktuelle Prüfungsordnung des Jagdgebrauchshundeverbands aus 2017 schon in zeitlicher Hinsicht nicht berücksichtigen konnte.

#### **5. Missachtung eigener Fachgremien**

Der Landestierschutzbeirat hat sich mit deutlicher Mehrheit für die Erprobung der „Müller-Methode“ ausgesprochen. Die hierzu schon im Jahr 2021 mit dem Landestierschutzbeirat abgesprochene „Mainzer Vereinbarung“ liegt dem Ministerium vor und wurde zunächst grundlos, später unter Hinweis auf eine angeblich neue Studie nicht unterschrieben - diese neue Studie gab es in Wahrheit nicht. Die Klärung etwa noch offener Fragen wurde hierdurch gezielt verhindert.

#### **Politische Bewertung**

Der Entwurf ist reine Symbolpolitik. Direkte Anschreiben und Gesprächsangebote an den Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer blieben unbeantwortet – auch ein persönliches Gespräch wurde nicht in Erwägung gezogen.

Dieser Umgang gegenüber einem anerkannten Fachverband ist inakzeptabel.

Unsere Forderung:

- Erst prüfen, dann entscheiden.
- Stellen Sie das unsinnige Verbot der „Müller-Methode“ zurück, bis Klarheit besteht, wovon überhaupt die Rede ist.

Mit Nachdruck und in Sorge um den Tierschutz, die jagdliche Praxis und das politische Klima in unserem Land

Manfred Marschall

Vorsitzender

JGHV- Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.